AfD-Abgeordnete treffen Großmufti in Damaskus

7. März 2018

Damaskus/Jerusalem (KNA) AfD-Abgeordnete in Damaskus.

Mehrere AfD-Abgeordnete haben bei ihrem Syrienbesuch am Montag den syrischen Großmufti, Scheich Ahmad Badr Al-Din Hassoun, in Damaskus getroffen. Thema des Gesprächs waren unter anderem die Rückkehr syrischer Flüchtlinge sowie die Trennung von Staat und Kirche, wie aus Twitternachrichten der NRW-Landtagsabgeordneten Christian Blex und Thomas Röckemann sowie des Bundestagsabgeordneten Udo Hemmelgarn hervorgeht. Hassoun, seit 2005 syrischer Großmufti, habe die in Deutschland lebenden Syrer zur Rückkehr in ihre Heimat aufgerufen, twitterten Hemmelgarn und Blex Montagnacht. Blex rief Bundeskanzlerin Angela Merkel ferner dazu auf, den muslimischen Geistlichen zu sich einzuladen. Der Obermufti habe Deutschland vor einem zu großen Einfluss des türkisch-islamischen Religionsvereins Ditib gewarnt. Es sei auch nicht zu tolerieren, „dass ausländische Prediger ausschließlich auf Arabisch in Deutschland predigen“, so Hassoun laut einem Twitter-Videobeitrag Röckemanns im Anschluss an das zweistündige Treffen. Hassoun habe sich zudem „ganz klar“ für eine Trennung von Kirche und Staat ausgesprochen. Die nach Angaben des ebenfalls mitgereisten AfD-Bundestagsabgeordneten Frank Pasemann „private Syrienreise“ diene dazu, „eigene Informationen zur humanitären Situation in Syrien zu sammeln“.

Medienberichten zufolge wollen die Politiker auf ihrer Reise weitere Religionsvertreter treffen sowie Bildungseinrichtungen besuchen. Die AfD hatte wiederholt eine Neubewertung der Sicherheitslage in Syrien gefordert und falsche Berichterstattung über das Land und den Krieg kritisiert. In weiten Teilen des Landes herrsche Frieden, erklärte der stellvertretende AfD-Vorsitzende Georg Pazderski, Anfang Februar. Nach dem Willen der Partei soll das Land als sicheres Herkunftsland eingestuft werden. Das Auswärtige Amt warnt ausdrücklich vor Reisen nach Syrien und fordert im Land befindliche Deutsche zur Ausreise auf. Persönliche Sicherheit könne nicht gewährleistet werden, auch konsularische Hilfe vor Ort sei nicht möglich. Die deutsche Botschaft in Damaskus ist derzeit geschlossen.

(KNA – sknkq-89-00109)

Stand: 22. November 2026